

Newsletter Bremer Friedensforum 9/13. Oktober 2020

(Weiterleitung sehr erwünscht!)

Inhalt heute:

01. Free Julian Assange! Aktion in Bremen am 15. Oktober
02. Julian Assange: Was kann jeder Einzelne tun?
03. Aktionskonferenz „abrüsten statt aufrüsten“ im Frankfurter Gewerkschaftshaus
04. Appell an den Deutschen Bundestag: Rüstungsexportkontrollgesetz jetzt!
05. Solidarität mit den Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes
06. Video "Umstritten: die Friedenspolitik der Linkspartei"
07. Endlich Schluss mit der Dämonisierung Russlands im Fall Nawalny
08. Zukunft der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie in Bremen
09. Fritz B. (81) und Enkelin Maria (18) unterstützen „Kein Gras drüber wachsen lassen“
10. Vernetzung mit neuer Friedensinitiative in Achim
11. Wer war Hans Paasche? Verleger Helmut Donat im Gespräch
12. Leserbrief Nord Stream 2: Nicht stoppen
13. Bremer Friedensforum im Netz
14. WhatsApp-Gruppe Bremer Friedensforum
15. Termine
16. In eigener Sache
17. Datenschutz

BITTE BLEIBT GESUND!!!

1. Free Julian Assange! Solidaritäts-Aktion in Bremen am 15. Oktober, 17 Uhr, Marktplatz Bremen (Flugblatt siehe Anhang)

Bremen. In Bremen rufen das Bremer Friedensforum und die AG Frieden von #aufstehen zu

einer Kundgebung für Julian Assange am Donnerstag, 15. Oktober, um 17.00 Uhr auf dem Bremer Marktplatz auf. Es sprechen u.a. Doris Achelwilm, MdB, sie traf kürzlich den Vater von Julian Assange, Gerhard Baisch (Ialana) und Barbara Heller (Bremer Friedensforum)

Julian Assange, investigativer Journalist und Gründer der Enthüllungsplattform WikiLeaks befindet sich in Großbritannien in Haft. Er hat Kriegsverbrechen der US-Streitkräfte in Afghanistan und im Irak veröffentlicht. Dafür wird er seit 12 Jahren verfolgt, zuerst als politischer Flüchtling in der Botschaft Ecuadors in London, seit April 2019 als Gefangener im Hochsicherheitsgefängnis HMP Belmarsh in London. Seit September 2020 wird vor einem britischen Gericht über seine Auslieferung in die USA verhandelt. Dort drohen ihm 175 Jahre Haft unter unmenschlichen Bedingungen.

Mehr als 40 Menschenrechtsorganisationen setzen sich weltweit für Assange ein. In der Bundesrepublik gibt es in zahlreichen Städten Solidaritätsaktionen, auf denen die Freilassung von Assange gefordert wird. Außerdem geht es bei den Aktionen um die Erhaltung der Pressefreiheit. Eine Auslieferung an die USA würde einen Präzedenzfall für alle Journalistinnen und Journalisten schaffen, die geheime Informationen von öffentlichem Interesse publizieren.

Für die Friedensbewegung ist es unerträglich, wenn die bestraft werden, die Kriegsverbrechen öffentlich machen und nicht die, die sie begehen.

2. Julian Assange: Was kann jeder Einzelne tun?

Bremen. Die Freiheit der Presse steht auf dem Spiel. Vergessen wir nicht, dass Julian Assange im Fall seiner Auslieferung an die USA wegen seiner Veröffentlichung von US-Kriegsverbrechen 175 Jahre Haft oder sogar die Todesstrafe droht. Eine Auslieferung an die USA muss verhindert werden.

Bitte Petition für seine Freilassung unterschreiben <https://candles4assange.de/#petitions>

Nils Melzer enthüllt manipulierte Beweise: <https://www.aktion-freiheitstattangst.org/de/articles/7164-20200206-nils-melzer-enthueellt-manipulierte-beweise.htm>

160 Ex-Staatschefs und Politiker fordern die Freilassung von Julian Assange:
<https://www.aktion-freiheitstattangst.org/de/articles/7399-20200923-fuer-die-sofortige-freilassung-von-julian-assange.htm>

"Die Anstalt" stellte am 29. September das Thema Julian Assange in den Mittelpunkt:
<https://www.zdf.de/comedy/die-anstalt>

Das Manuskript der Sendung mit dem dazugehörigen Faktencheck gibt es hier:
<https://www.zdf.de/comedy/die-anstalt/fakten-im-check-der-anstalt-118.html>

Die Organisation „Reporter ohne Grenzen“ hat eine Petition gestartet:

Julian Assange darf nicht an die USA ausgeliefert werden!

Wir fordern, dass die britische Regierung bei ihrem Umgang mit Assange dem Grundsatz der Pressefreiheit oberste Priorität gibt und in Einklang mit britischem Recht sowie internationalen Menschenrechtsverpflichtungen Großbritanniens handelt. Wir können nicht zulassen, dass Assange in den USA verurteilt wird. Das würde einen gefährlichen Präzedenzfall für alle Journalistinnen und Journalisten schaffen, die geheime Informationen von öffentlichem Interesse publizieren. Gemeinsam können wir die Pressefreiheit und den investigativen Journalismus weltweit schützen!

Hier geht es zur Unterschrift:

<https://www.reporter-ohne-grenzen.de/mitmachen/petitionen-protestmails/julian-assange-nicht-an-die-usa-ausliefern/>

3. Aktionskonferenz „abrüsten statt aufrüsten“ im Frankfurter Gewerkschaftshaus (Anhang)

Frankfurt/M. Die Aktionsberatung der Initiative „abrüsten statt aufrüsten“ am 11. Oktober im Frankfurter Gewerkschaftshaus hat die Friedensbewegung aufgerufen, am Samstag, 5. Dezember 2020, bundesweit und dezentral an möglichst vielen Orten gegen die weitere Steigerung der Rüstungsausgaben zu protestieren. Die abschließenden Haushaltsberatungen im Bundestag in der Folgewoche (7. – 12. Dezember 2020) dürfen nicht ohne Protest hingenommen werden. „Die bisher 175.000 Unterschriften unter dem Aufruf machen Mut für weitere Aktionen“, war die übereinstimmende Meinung.

Der Frankfurter Appell (siehe Anlage) wurde bei der Aktionskonferenz vorgestellt, in dem heißt es: „Das Gespenst des Kalten Krieges ist zurück. Das Krebsgeschwür des Nationalismus breitet sich aus. Soziale Ungleichheiten spitzen sich zu. Die globale Klimakrise bedroht die Menschheit. Kriege und Naturzerstörung sind entscheidende Gründe für Flucht und Vertreibung. Die Corona-Pandemie ist ein Beleg dafür, dass die sozialen und ökologischen Schutzschichten des menschlichen Lebens dünn geworden sind. Es drohen neue Verteilungskämpfe – national, europäisch, global...“

Weitere Informationen:

<https://abruesten.jetzt>

4. Appell an den Deutschen Bundestag: Rüstungsexportkontrollgesetz jetzt!

Bonn/Bremen. Deutschland gehört seit Jahren zu den Top 5 der größten Waffenexporteure der Welt. Im Jahr 2019 erreichten die Rüstungsexporte mit einem Genehmigungswert von über acht Milliarden Euro ihren bisherigen traurigen Höhepunkt. Ein großer Teil der Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgüter werden an Länder geliefert, die an Kriegen beteiligt sind, massiv Völkerrecht und Menschenrechte verletzen oder sich in Krisenregionen befinden. Um diese Rüstungsexportpolitik zu stoppen, müssen wir JETZT aktiv werden!

Mailaktion und bisherige Antworten von Bremer Bundestagsabgeordneten:

<https://www.bremerfriedensforum.de/1305/aktuelles/Appell-an-den-Deutschen-Bundestag-Ruestungsexportkontrollgesetz-jetzt/>

5. Solidarität mit den Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes!

Bremen. Eine Solidaritätsadresse an die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di richtete das Bremer Friedensforum:

<https://www.bremerfriedensforum.de/1301/aktuelles/Solidaritaet-mit-den-Beschaeftigten-des-Oeffentlichen-Dienstes-Solidaritaetsadresse-an-die-Vereinte-Dienstleistungsgewerkschaft-verdi/>

6. Video "Umstritten: die Friedenspolitik der Linkspartei"

Berlin. Führende Köpfe der Linkspartei streben nach einer Regierungsbeteiligung und sind offenbar bereit schon im Vorfeld dafür Grundpositionen in Frage zu stellen. Ein Aufruf aus der Friedensbewegung stellt sich dem entgegen.

Bei Weltnetz TV diskutiert Sönke Hundt mit Reiner Braun und Ekkehard Lentz:

(<https://weltnetz.tv/video/2400-umstritten-die-friedenspolitik-der-linkspartei>)

7. Endlich Schluss mit der Dämonisierung Russlands im Fall Nawalny!

Endlich Schluss mit der westlichen Einmischungspolitik!

Frieden mit Russland!

Wir unterstützen linke Politiker*innen,
die diese Dämonisierung Russlands zurückweisen.

Möglichkeit zum Unterzeichnen:

<http://www.berlin-gegen-krieg.de/ex/ruslandbrief/>

8. Zur Anfrage der FDP und zur Antwort des Senats "Die Zukunft der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie in Bremen?"

[zweimal vertagt, jetzt auf der Tagesordnung der 16. Sitzung der Bremischen Bürgerschaft]

Bremen. Die FDP-Bürgerschaftsfraktion fordert den Senat der Freien Hansestadt Bremen in einer Großen Anfrage dazu auf, die für Bremen "extrem wichtigen" Rüstungs- und (sogenannten) Sicherheitsunternehmen kräftiger zu fördern: „Mit „ATLAS ELEKTRONIK GmbH“, „Rheinmetall Electronics GmbH“, „Friedrich Lürssen Werft GmbH & Co. KG“ oder „Airbus Defence and Space“ (Geschäftsbereich von Airbus SE) sind große Player in Bremen vertreten. Auf Grund ihrer wirtschaftlichen Kraft ist die Sicherheits- und Verteidigungsindustrie für den Standort Bremen von großer Bedeutung. Tausende Arbeitsplätze hängen vor Ort von ihrer Existenz ab.“

Der Senat hat inzwischen geantwortet.

Weiter:

<https://www.bremerfriedensforum.de/1297/ruestung-in-bremen/Bremer-Friedensforum-zur-Anfrage-der-FDP-und-zur-Antwort-des-Senats-Die-Zukunft-der-Sicherheits-und-Verteidigungsindustrie-in-Bremen/>

Artikel in der taz

<https://taz.de/Bremer-FDP-sorgt-sich-um-Waffenbauer!/5715792/>

9. Fritz B. (81) und Enkelin Maria (18) unterstützen „Kein Gras drüber wachsen lassen“

Bremen. Am 26. September kamen erneut Mitglieder und UnterstützerInnen des Vereins für Deutsch_Russische Friedens_Tage zusammen, um die Aktion „Kein Gras drüber wachsen lassen“ zu vollenden. 270 Grabplatten auf dem Gräberfeld NN des Osterholzer Friedhofs wurden von Moos und Schmutz befreit. An diesem Ort liegen auch etwa 700

Kriegsgefangene und ZwangsarbeiterInnen aus der Sowjetunion, die in Bremen um das Leben gebracht wurden, begraben. Bereits Ende August wurden 200 Platten gereinigt. Am 26. September wurde die Aktion vollendet. Der Verein sieht diese Initiative auch als Anstoß zum Erinnern für die Zukunft – die eine friedliche sein soll!

Maria (18), die in Begleitung ihres Opas Fritz B. (81) dabei war, sagt zu ihren Eindrücken vom Friedhof: „Es ist für mich wichtig, diesen Ort kennengelernt zu haben. In der Schule werde ich mich jetzt mit dem Thema weiter befassen. Wir behandeln gerade Denkmale. Ich denke, es ist auch für meine MitschülerInnen interessant, zu erfahren, welche Kriegsverbrechen auch an sowjetischen Menschen in Bremen begangen wurden.“

Mehr:

<https://www.bremerfriedensforum.de/1303/deutsch-russische-beziehungen/Medienmitteilung/>

10. Vernetzung mit neuer Friedensinitiative in Achim

Achim/Bremen. Mit einem Pressegespräch hat eine Friedensinitiative in der unweit von Bremen gelegenen Stadt Achim ihren Lauf genommen. An diesem Gespräch waren Vertreter*innen des Bremer Friedensforum, des Friedensnetzwerkes Lüneburger Heide, von Terre des Hommes, der SPD und der Partei Bündnis 90/Die Grünen anwesend. Geladen hatten die Achimer Ratsherr (SPD) Paul Brandt, und der Pastor i.R. Hans-Ludwig Schröder.

Hartmut Drewes hat das Bremer Friedensforum vertreten und auf Wunsch der Gastgeber die Aktivitäten des Friedensforum mit ihren Schwerpunkten dargelegt und die neu entstehenden Initiative in Achim eingeladen, sich mit Bremen bei bestimmten Aktionen zu vernetzen.

Das Achimer Kreisblatt berichtete über das Pressegespräch:

<https://www.kreiszeitung.de/lokales/verden/achim-ort44553/antikriegsinitiative-stimme-verleihen-90034131.html>

11. Wer war Hans Paasche?

Verleger Helmut Donat im Gespräch

Bremen/München. Er war Kolonialoffizier a.D. und zugleich Pazifist: Hans Paasche (1881-1920) schrieb bereits vor dem Ersten Weltkrieg gegen Wirtschaftsfetischismus, Gewalt und Umweltzerstörung an und verblüffte deutsche Leser mit seinem fiktiven Briefen über „Die Forschungsreise des Afrikaners Lukanga Mukara ins innerste Deutschland“, die erstmals 1912 erschienen. Vor 100 Jahren wurde Hans Paasche von Freikorpsoldaten ermordet. Helmut Donat, der Verleger von Paasches Werk, zeichnet im Gespräch mit Antonio

Pellegrino ein spannendes Porträt dieses außergewöhnlichen Autors.

Link zum Inhalt:

<https://www.br.de/radio/bayern2/sendungen/radiotexte/verleger-helmut-donat-ueber-hans-paasche-und-lukanga-mukara-100.html>

12. Leserbrief WESER-KURIER

Zum Thema Nord Stream 2: Nicht stoppen!

Auf Herrn Nawalny wurde möglicherweise ein Giftanschlag durchgeführt. Der Sachverhalt muss dringend aufgeklärt werden! Da erstaunt es sehr, dass die Bundesregierung durch ihren Sprecher Seibert ohne der Öffentlichkeit Beweise vorzulegen verkündet: Es wurde Novitschok verwendet. Stattdessen hören wir einen Chor mit Omid Nouripour (Grüne), Katrin Göring-Eckardt (Grüne), Annalena Bearbock (Grüne), Norbert Röttgen (CDU) und anderen, die uns nahe legen: Putin war es, zumindest aber der Kreml. Die Frage, weshalb russische Ärzte Herrn Nawalny retten und die russische Regierung dann der Verlegung in die Charite zustimmt, wird von diesen Herrschaften nicht gestellt. Doch sollte die Frage nach dem schwerwiegenden Vorfall nicht lauten „Wie umgehen mit Putin?“, sondern „Cui bono?“. Denn wem nützt ein Anschlag auf den Blogger Nawalny und wem schadet er politisch? Unüberhörbar machen sich die o. g. PolitikerInnen mit an den Haaren herbeigezogenen Argumenten zum Sprachrohr der US-Konzerne: Die USA drängen Deutschland bereits seit Monaten, das für Berlin und Moskau gleichermaßen wichtige Projekt Nord-Stream 2 im letzten Moment zu Fall zu bringen, um ihr Fracking-Gas auf dem Markt zu etablieren. Kanzlerin Merkel und wesentliche Teile der deutschen Industrie setzten sich bisher für dieses wichtige Energieprojekt ein. Wenn nun der Fall Nawalny dazu führen sollte, dass Frau Merkel ihre Position ändert, wäre das ein Desaster für die deutsch-russischen Beziehungen, die ohnedies schon am Boden liegen. Gegen jede ökonomische und geopolitische Vernunft würde ein Schritt in Richtung deutsch-russischer Feindschaft gesetzt, der noch schwerer als die bisherigen Sanktionen rückgängig gemacht werden könnte. Die Dynamik der Kooperation wäre damit durch PolitikerInnen, wie zum Beispiel Nouripour, Göring-Eckardt, Baerbock, Röttgen und Kramp-Karrenbauer endgültig zerstört. Das kann nicht im Interesse einer friedlichen Zukunft sein! Horst Otto, Bremen

13. Bremer Friedensforum im Netz

Bremen. Mehr Informationen bringt die Internetseite des Bremer Friedensforums. Wir empfehlen auch die täglich mehrfach aktualisierte Facebook-Seite des Bremer Friedensforums. Friedenspolitische News aus Bremen gibt es auch auf Twitter. Inzwischen haben wir auch einen Instagram-Account. Bitte abonnieren!

<https://www.bremerfriedensforum.de>

<https://www.facebook.com/bremerfriedensforum>

<https://twitter.com/ekkehardlantz1>

https://www.instagram.com/bremer_friedensforum

14. WhatsApp-Gruppe "Bremer Friedensforum"

Wer in die WhatsApp-Gruppe "Bremer Friedensforum" aufgenommen werden möchte, teile dies bitte mit: Ekkehard.Lentz@bremerfriedensforum.de oder 0173-4194320

15. Termine

* Termine aus der Friedensbewegung: <https://www.friedenskooperative.de/termine.htm>

* Weitere Informationen aus der Friedensbewegung: <http://www.friedensratschlag.de>

16. In eigener Sache

Bleiben Sie bitte dem Bremer Friedensforum gewogen und sparen Sie nicht mit Vorschlägen, Ergänzungen, Texten und anderen Reaktionen an: info@bremerfriedensforum.de. Bei dieser Gelegenheit möchten wir auch gern darauf hinweisen, dass das Bremer Friedensforum auf ehrenamtlicher Basis arbeitet.

Und: Friedensarbeit kostet auch Geld! Im Unterschied zu Rüstungsproduzenten erhalten wir keine staatliche Unterstützung aus Steuergeldern, sondern finanzieren unsere Arbeit ausschließlich aus Spenden.

Unser Spendenkonto lautet: Ekkehard Lentz (für das Bremer Friedensforum), IBAN: DE 47 2501 0030 0123 2683 06, BIC: PBNKDEFF. Danke!

17. Datenschutz

In unregelmäßigen Abständen erhältst Du/erhalten Sie von mir/uns einen Email-Newsletter über Neuigkeiten aus dem Arbeitsbereich des Bremer Friedensforums. Ab dem 25. Mai 2018 ist die EU-Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) in Kraft getreten. Dies bedeutet, dass Deine/Ihre persönlichen Daten nach der neuen Verordnung nur mit Deiner/Ihrer Einwilligung verarbeitet werden dürfen. Gerne möchte(n) ich/wir Dich/Sie auch weiterhin mit Informationen versorgen. Sollte dieses jedoch in Zukunft nicht mehr erwünscht sein, bitte(n) ich/wir um eine kurze und formlose Email an: info@bremerfriedensforum.de. Wir

nehmen euch dann aus dem Verteiler. Möchtest Du/möchten Sie auch weiterhin unseren Newsletter bekommen, brauchst Du/brauchen Sie nichts unternehmen. Siehe auch Datenschutzerklärung: <https://www.bremerfriedensforum.de/Datenschutz>

BITTE BLEIBT GESUND!!!